



Dieser Artikel wurde ausgedruckt unter der Adresse: [http://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover\\_weser-leinegebiet/Aerger-um-Strassenausbau-in-Wunstorf-Grossenheidorn.grossenheidorn100.html](http://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover_weser-leinegebiet/Aerger-um-Strassenausbau-in-Wunstorf-Grossenheidorn.grossenheidorn100.html)

Stand: 03.01.2017 14:15 Uhr - Lesezeit: ca.3 Min.

# Zahlen für den Straßenumbau, den keiner will?



Die Klosterstraße im Wunstorfer Stadtteil Größenheidorn soll saniert werden - zum Unmut der Anwohner.

Wenn eine Straße vor dem eigenen Haus neu gemacht wird, dann muss der Eigentümer dafür oft tief in die Tasche greifen - die sogenannte Straßenausbaubeitragssatzung macht es möglich. Mit dieser Satzung können Kommunen bis zu 75 Prozent der Ausbaurkosten auf die Anwohner umlegen. Nach einer NDR Umfrage aus dem Jahr 2015 nutzen zwei Drittel der Kommunen in Niedersachsen diese Finanzierungsmöglichkeit, obwohl sie immer wieder für Unmut sorgt - zurzeit in der Region Hannover: Im Wunstorfer Stadtteil Größenheidorn soll die Klosterstraße saniert werden. Die Anlieger sind zum großen Teil dagegen, denn sie bekommen eine Straße, die sie gar nicht wollen.

**"Charakter der Straße soll erhalten bleiben"**

## MEHR ZUM THEMA

[Straßenbau](#)

## MEHR AUS DER REGION HANNOVER



Große Koalition: Weil und Althusmann sind

dafür

[Lehrte: Mann nach Messerattacke in Lebensgefahr](#)

[Ein Viertel Niedersachsens hat langsames Netz](#)

[Was ist von Martin Luthers Geist geblieben?](#)

[Landespressekonferenz wird 70](#)

[Nachrichten - Übersicht](#)

## MEHR INFOS AUS DEN REGIONEN

[Braunschweig, Göttingen und Harz](#)

[Hannover und Weser-Leinegebiet](#)

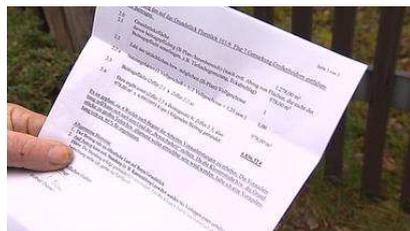
[Oldenburg und Ostfriesland](#)

[Lüneburger Heide und Untereibe-Region](#)

[Osnabrück und Emsland](#)

"Mein Problem in diesem Bereich ist, dass die gesamte Straße komplett in einen verkehrsberuhigten Bereich umgebaut werden soll", sagt Anwohner Thorsten Nülle. Das sei überhaupt nicht nötig. Die Straße existiere schon seit Jahrzehnten. Der Charakter der Straße solle erhalten bleiben, findet auch Anwohnerin Anke Getzschmann. Sie wünscht sich, dass die Straße einfach nur eine neue Asphaltdecke bekommt und die Bürgersteige gemacht werden.

## Vorwurf: Stadt hat bewusst lange gewartet



Rund 500.000 Euro werden die Arbeiten kosten - die Hälfte sollen die Anwohner zahlen.

Die Stadt will die Straße aber komplett sanieren. Die Kanäle für Regenwasser und zum Teil auch für Abwasser müssten erneuert werden, heißt es. Außerdem soll die Straße eine Spielstraße werden und

neue Parkflächen sollen entstehen. Zudem fehle momentan eine Frostschutzschicht. Kurz: Die Straße entspreche nicht den aktuellen Standards, so die Stadt. Rund 500.000 Euro werden die Arbeiten kosten - die Hälfte sollen die Anwohner zahlen, so sieht es die Satzung vor. Würde nur die Straßenoberfläche erneuert, müsste nur die Stadt dafür aufkommen, sagt Getzschmann. "Das ist der Punkt, der mich persönlich auch sehr ärgert. Man hat das Gefühl, es wird etwas gemacht, nur um die Kosten auf die Anlieger abzuwälzen." Denn in den vergangenen Jahren seien keine Reparaturen an der Straße durchgeführt worden. Daher liege die Vermutung nahe, dass die Stadt sie einfach so lange habe verkommen lassen, bis es jetzt nicht mehr geht, so Getzschmann.

## Bürgermeister: Eigentum verpflichtet

Die Stadt weist die Vorwürfe zurück: Würde zum Beispiel nur die Asphaltdecke saniert werden, müssten alle Steuerzahler dafür aufkommen oder die Grundsteuer müsste erhöht werden. Dann würden sich Vermieter das Geld bei ihren Mietern wiederholen. Das sei auch nicht gerecht, so Wunstorfs Bürgermeister Rolf-Axel Eberhardt

(CDU). Außerdem sei eine notdürftige Reparatur der Straße keine Lösung. "Da wir ohnehin an den Kanal müssen, wäre es nicht einsehbar, wenn wir die Sache nur notdürftig reparieren würden. Da müssen wir die Straße schon mal ganz anfassen." Jede Generation müsse einmal eine Straße neu bezahlen. Die Klosterstraße müsse eben jetzt ausgebaut werden, weil sie nicht mehr in einem ordnungsgemäßen Zustand sei.

## Im Frühjahr sollen Arbeiten beginnen

Den Ärger einiger Anwohner könne er aber trotzdem verstehen: Ein Anlieger zum Beispiel muss mindestens 7.000 Euro zahlen, obwohl sein Zugang zur Straße nur etwas mehr als ein Meter breit ist. "Ich finde die Regelungen teilweise wirklich überzogen. Aber es gibt auch viele Bürger, die sich das mit Argusaugen anschauen und uns dann verklagen, wenn wir das in diesem Fall etwas großzügiger handhaben." Bis die Bauarbeiten auf der Straße beginnen können, müssten noch ein paar Details geklärt werden, sagt Eberhardt. Im Frühjahr soll es aber voraussichtlich losgehen - trotz des Ärgers der Anwohner.

## WEITERE INFORMATIONEN



### Verhärtete Fronten im Streit um Straßenausbau

Für 444.000 Euro will die Gemeinde Neetze Sandwege in der Milchbergsiedlung asphaltieren. Die Anwohner wehren sich. Rechtliche Argumente sollen die bereits getroffene Entscheidung aushebeln. (27.01.2016) **mehr**

Dieses Thema im Programm:

Hallo Niedersachsen | 03.01.2017 | 19:30 Uhr

## Eintrag 6 bis 7 von 7

alleachtung schrieb am 04.01.2017 12:19 Uhr:

@Lothar schrieb am 4.1.2017 viel

Die besagte Klosterstraße in Wunstorf ist eine

Gemeindestraße, deshalb ist auch die Stadt Wunstorf, bei ihr liegt beispielsweise auch die Verkehrssicherungspflicht, allein zuständig, zu entscheiden, ob es sie überhaupt gibt, ob und in welchem Umfang sie unterhalten werden soll. Das hat sie auch selbst zu bezahlen, Kfz-Steuer oder Mautgebühren hat der Gesetzgeber dafür - für Gemeindestraßen - nun mal nicht vorgesehen. Offensichtlich gibt es in Wunstorf, wahrscheinlich schon seit Jahrzehnten, eine vom Rat beschlossene Beitragssatzung, rechtlich korrekt zustande gekommen. Auf dieser Rechtsgrundlage erhebt die Stadt - zu Recht - Anliegerbeiträge. Sie handelt also völlig korrekt. Wer das ändern oder abschaffen möchte, muss sich dafür Mehrheiten im Stadtrat und nicht auf der Strasse besorgen. Er sollte allerdings nicht verschweigen, dass eine Finanzierung des Strassenbaus und der Sanierung ausschließlich über Gemeindesteuern zu erheblich höheren Belastungen durch die Grundsteuer, auch für Mieter führt. Und was den Standard der Sanierung betrifft, darüber wird ja wohl bereits informiert. Allerdings traue ich einem Tiefbauingenieur schon zu, die Notwendigkeit der Sanierungsbedürftigkeit von Regenwasserkanälen fachlich korrekt beurteilen können. Aber, ne Lothar, ist schon klar, die Städte schmeissen das Geld ja nur so zum Fenster raus, für Kitas, Schulen, verkehrsregelnde Massnahmen.

---

Selber schuld schrieb am 22.10.2017 14:32 Uhr:

Für soviele Dinge gibt die Stadt richtig 🐼 aus, aber nun soll der Anlieferung zahlen. Tja, ihr habt so gewählt.

---

Zu Seite:



[Artikel kommentieren](#)

---

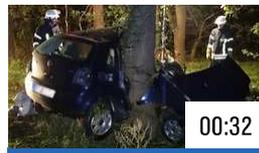
**MEHR NACHRICHTEN AUS NIEDERSACHSEN**



**Weil und  
Althusmann:  
"Vertrauensbasis  
ist gelegt"**



**"Glory  
Amsterdam":  
Frachter ist an  
der Leine**



**Schwerer Unfall  
in Großenkneten**